

DUE DILIGENCE CHECKLISTE

Für die rechtliche Überprüfung der Gesellschaft werden die im folgenden genannten Unterlagen und Angaben benötigt (ggf. wird um ausdrückliche Fehlanzeige gebeten). Soweit auf Vereinbarungen Bezug genommen wird, sind darunter sowohl schriftliche als auch mündliche Vereinbarungen zu verstehen. Sofern die Gesellschaft Tochtergesellschaften hat, werden die folgenden Unterlagen und Angaben auch für diese Unternehmen erbeten. Im Rahmen der Prüfung der aufgrund dieser Liste zusammengestellten Unterlagen bzw. gemachten Angaben können sich weiterführende Fragen stellen, die die Vorlage weiterer Unterlagen bzw. weitere Angaben erforderlich machen.

1. Gesellschaftsverfassung und Beteiligungsstruktur

1. aktueller Handelsregisterauszug unter Beifügung noch nicht eingetragener Anmeldungen zum Handelsregister;
2. Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung;
3. Geschäftsordnung für die Geschäftsführung;
4. Nachweis bzw. Unterlagen über die Einführung eines Aufsichtsrats, Beirats oder Verwaltungsrates oder ähnlichen Gremiums, falls dies nicht bereits im Gesellschaftsvertrag vorgesehen ist (z.B. Nachweis der mitbestimmungsrechtlichen Erforderlichkeit, besonderer Gesellschafterbeschuß etc.), unter Beifügung der Geschäftsordnung für dieses Gremium, einer Liste der derzeitigen Mitglieder und einer Darstellung der gewährten Vergütungen;
5. Nachweis bzw. Unterlagen über die Einführung eines Gesellschafterausschusses, falls dieser nicht bereits im Gesellschaftsvertrag vorgesehen ist, unter Beifügung der Geschäftsordnung für den Gesellschafterausschuß und einer Liste der derzeitigen Mitglieder;
6. Gründungsvertrag und Urkunden über seit Gesellschaftsgründung gefaßte satzungsändernde Gesellschafterbeschlüsse (einschließlich noch nicht zum Handelsregister angemeldeter Beschlüsse). Soweit es sich bei den satzungsändernden Gesellschafterbeschlüssen um Beschlüsse handelt, mit denen das Stammkapital erhöht oder herabgesetzt worden ist, sind die entsprechenden Übernahmeerklärungen beizufügen sowie Nachweise über den Betrag, die Form und den Zeitpunkt der Einlageleistung, im Fall von Sacheinlagen darüber hinaus der Einbringungsvertrag, der Sachgründungsbericht sowie die beim Handelsregister eingereichten Nachweise über die Werthaltigkeit der Sacheinlage;
7. Liste der derzeitigen Gesellschafter, d.h. der Inhaber der Geschäftsanteile, unter Angabe von Fällen, in denen die Geschäftsanteile treuhänderisch für einen Dritten gehalten werden, sowie von Unterbeteiligungen und unter Offenlegung jeglicher Stimmbindungsvereinbarungen;
8. Geschlossene Kette der notariellen Urkunden über die Abtretung von Geschäftsanteilen vom Zeitpunkt der Gesellschaftsgründung bis hin zum Zeitpunkt des Erwerbs durch den jetzigen Gesellschafter;

9. ggf. Anteilscheine über Geschäftsanteile unter Angabe, in wessen Besitz sie sich befinden;
10. Vereinbarungen über die Begründung stiller Gesellschaften sowie die Gewährung von Genußrechten;
11. Vereinbarungen über jegliche Belastungen der Geschäftsanteile, insbesondere Verpfändungen sowie Übertragung von Rechten an Geschäftsanteilen;
12. Unterlagen über den Rückkauf / die Einziehung von Geschäftsanteilen;
13. Vereinbarungen über die Gewährung von Gesellschafterdarlehen bzw. Darlehen von verbundenen Unternehmen der Gesellschafter, unter Angabe des Zinssatzes, des Betrags und Zeitpunktes der Leistung und der Rückzahlung sowie der Bestellung von Sicherheiten;
14. Vereinbarungen über die Bestellung von Sicherheiten durch Gesellschafter bzw. deren verbundene Unternehmen für Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Dritten;
15. Vereinbarungen über die Gewährung von Darlehen durch die Gesellschaft an Gesellschafter bzw. deren verbundene Unternehmen unter Angabe des Zinssatzes, des Betrages und Zeitpunktes der Leistung und der Rückzahlung sowie der Bestellung von Sicherheiten;
16. Vereinbarungen über die Bestellung von Sicherheiten durch die Gesellschaft für Verbindlichkeiten der Gesellschafter bzw. deren verbundene Unternehmen gegenüber Dritten;
17. Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge;
18. Vereinbarungen mit Gesellschaftern, die einem gesetzlichen Wettbewerbsverbot unterliegen (z.B. beherrschende oder geschäftsführende Gesellschafter) über die Befreiung von diesem Wettbewerbsverbot;
19. andere Vereinbarungen der Gesellschaft mit Gesellschaftern (z.B. Austauschverträge, Konzernumlagen, Geschäfts- und Betriebsführungsverträge etc.);
20. die Gesellschaft oder das Gesellschaftsverhältnis betreffende Vereinbarungen der Gesellschafter untereinander bzw. mit Dritten (einschließlich der Vereinbarung von Unterbeteiligungen);
21. Anträge auf Eröffnung von Vergleichs- oder Konkursverfahren über das Vermögen der Gesellschaft sowie Angaben zu deren Schicksal;
22. Liste der unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften sowie Beteiligungen unter Angabe des Nominalbetrages der Beteiligung und der Beteiligungsquote.

II. Betriebsstätten

1. Liste aller Betriebsstätten der Gesellschaft unter Einschluß der Zweigniederlassungen (Grundstücke und Räumlichkeiten) mit genauer Adresse;

2. Katasterpläne (Flurkarten) in der derzeit gültigen Fassung für alle Betriebsstätten;
3. Nachweis der für die Betriebsstätten und ihre angrenzende Umgebung geltenden bauplanungsrechtlichen Situation, insbesondere Flächennutzungsplan und Bebauungsplan in ihrer derzeit gültigen Fassung unter Angabe eventueller Abweichungen in der tatsächlichen Nutzung;
4. Grundbuch-, Teileigentumsgrundbuch- bzw. Erbbaurechtsgrundbuchauszüge für die Betriebsstätten, die im Eigentum der Gesellschaft stehen bzw. aufgrund eines Erbbaurechtes genutzt werden;
5. Miet-, Pacht- und Leasingverträge über Betriebsstätten in fremdem Eigentum;
6. noch nicht erfüllte Verträge über den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten sowie die Eingehung bzw. Beendigung von Miet-, Pacht- oder Leasingverhältnissen bezüglich der Betriebsstätten;
7. Baugenehmigungen für die auf den Betriebsstätten befindlichen baulichen Anlagen;
8. Überblick über die bisherige Nutzung der Betriebsstätten der Gesellschaft (früherer Eigentümer, Art der Produktion etc.);
9. Angabe, ob es auf dem Betriebsstättengrundstück Altlasten gibt oder ob Verdacht für das Bestehen von Altlasten besteht.

III. Betriebsanlagen

1. Anlagenspiegel unter Angabe derjenigen Anlagen im Eigentum der Gesellschaft, an denen Sicherheiten für Dritte bestellt sind (unter Einschluß von Anlagen, an denen Eigentumsvorbehaltsrechte der jeweiligen Lieferanten bestehen, soweit die noch offenstehende Kaufpreisverbindlichkeit im letzten geprüften Jahresabschluß ausgewiesen ist), und der nur gemieteten, gepachteten, geleasteten oder sonstwie genutzten Anlagen;
2. Aufstellung der Miet- und Leasingverträge über Anlagen, Maschinen und Gegenstände der Betriebs- und Geschäftseinrichtung unter Angabe der jeweiligen Laufzeit (Beginn und Ende) und der jährlichen Netto-Zahllast;
3. noch nicht erfüllte Verträge über Anschaffungen von Gegenständen des Anlagevermögens, die Verpflichtungen der Gesellschaft von mehr als € _____ (netto) im Einzelfall begründen.

IV. Geschäftsbetrieb. Umweltschutz

1. Beschreibung des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft (Branche, Art der Produktion, Art der erbrachten Dienstleistungen etc.);

2. Gewerbeanmeldung und ggf. Gewerbeerlaubnis; weitere behördliche Erlaubnisse für die Ausübung des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft (mit Ausnahme von Anlagegenehmigungen);
3. Angabe der genehmigungspflichtigen Betriebsanlagen unter Beifügung der Genehmigungen; Angabe, ob die in den Genehmigungsbescheiden enthaltenen Bedingungen und Auflagen eingehalten werden und ob diese Bescheide durch das Unternehmen oder Dritte angefochten sind bzw. eine solche Anfechtung zu erwarten ist; Angabe, ob Betrieb unter die Störfallverordnung fällt;
4. Aufstellung aller im Geschäftsbetrieb jemals verwendeten umweltgefährdenden Stoffe mit Mengenangabe, Lagerungsort und Schutzvorkehrungen;
5. Aufstellung aller unterirdischen und oberirdischen Lagerungsstätten umweltgefährdender Stoffe, unabhängig davon, ob gegenwärtig genutzt oder nicht;
6. Angabe, ob es durch den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu Belastungen der Umwelt (Erdreich, Wasser, Luft, Lärm) kommt bzw. in der Vergangenheit gekommen ist; Aufstellung aller behördlicherseits oder betriebsintern festgestellten Umweltschädigungen (z.B. bei Boden- und Grundwassermessungen) sowie Angaben zu deren Beseitigung (z.B. Gutachten, Dekontaminationsrechnungen);
7. Zusammenstellung aller während der letzten fünf Jahre ergangenen gewerbe- oder umweltrechtlichen Verfügungen oder Beanstandungen von Behörden oder Dritten sowie Nachweise zu deren Erledigung; letzter Überprüfungsbericht der Gewerbeaufsicht sowie in den letzten zwei Jahren ergangene Beanstandungen, Anordnungen, Anregungen und Anfragen der Gewerbeaufsicht;
8. Angabe, wer auf der Führungsebene des Unternehmens für Umweltfragen (technisch und rechtlich) zuständig ist und welches Mitglied der Geschäftsführung gem. § 52a Abs. 1 BImSchG die Pflichten des Betreibers der genehmigungsbedürftigen Anlagen wahrnimmt; Namensliste bereits ernannter Umweltbeauftragter, Immissionsschutzbeauftragter, Gewässerschutzbeauftragter, Abfallbeauftragter, Brandschutzbeauftragter, Strahlenschutzbeauftragter, Störfallbeauftragter;
9. Überblick über die Versorgung der Betriebsstätten mit Frischwasser sowie die Entsorgung von Abwasser; wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen in bezug auf die Entnahme von Oberflächen- und Grundwasser, den Betrieb betriebseigener Abwasseranlagen sowie ggf. Beschreibung „alter Rechte“ i.S.d. § 15 WHG; Angabe, ob die tatsächliche Gewässernutzung den gesetzlichen und behördlichen Anforderungen entspricht;
10. Übersicht über die Handhabung der Abfallentsorgung.

V. Gewerbliche Schutzrechte.

Urheberrechte und Nutzungsrechte an solchen Rechten

1. Aufstellung der der Gesellschaft oder, soweit von der Gesellschaft genutzt, den Gesellschaftern erteilten Patente und der vorgenommenen Patentanmeldungen (Patenterteilungen)

- und -anmeldungen in mehreren Ländern sind separat aufzuführen; ferner ist kenntlich zu machen, ob ein Patent in den neuen Bundesländern (Ostdeutschland) erteilt oder beantragt worden ist, sowie das entsprechende Datum); anzugeben sind für jedes Patent und jede Patentanmeldung der Erfinder, der Inhaber und der Zeitpunkt der Erteilung; im Fall von Arbeitnehmererfindungen sind Nachweise über die Inanspruchnahme, die Vergütungsabrede und -zahlung beizufügen;
2. bei von Dritten erworbenen Patenten: Unterlagen über den Erwerb und die Übertragung sowie Nachweis der Eintragung der Übertragung in den zuständigen Registern;
 3. Aufstellung von Widerspruchs- bzw. Nichtigkeitsverfahren hinsichtlich der erteilten bzw. angemeldeten Patente;
 4. Lizenzverträge über an Dritte gewährte Lizenzen an Patenten;
 5. Angabe der von der Gesellschaft genutzten Patente Dritter unter Beifügung der entsprechenden Lizenzverträge;
 6. Beschreibung des Stands anhängiger Verletzungsverfahren in bezug auf die Verletzung eigener Patente durch Dritte bzw. der Verletzung fremder Patente durch die Gesellschaft;
 7. Beschreibung der Handhabung der Patentpflege (Bezahlung der Jahresgebühr, Fälligkeitsüberwachung etc.);
 8. Angaben wie zu 1.-7. für Gebrauchsmuster;
 9. Zusammenstellung der für die Gesellschaft eingetragenen bzw. von ihr angemeldeten Warenzeichen (Warenzeicheneintragungen und -anmeldungen in mehreren Ländern sind separat aufzuführen; Eintragungen und Anmeldungen in den neuen Bundesländern (Ostdeutschland) sind gesondert aufzuführen) unter Angabe des Zeitpunkts der Eintragung bzw. Anmeldung, des Geschäftsbetriebs und des Warenverzeichnisses;
 10. bei von Dritten erworbenen Warenzeichen: Unterlagen über den Erwerb und die Übertragung sowie die Eintragung in den zuständigen Registern;
 11. Aufstellung von Angriffen gegen die Rechtsbeständigkeit eingetragener Warenzeichen (einschließlich Widersprüchen, amtlichen oder außeramtlichen Löschungsanträgen, Einschränkungen und Verzichten);
 12. Lizenzverträge über die Gewährung von Warenzeichenlizenzen an Dritte sowie Warenzeichenlizenzen an Warenzeichen Dritter;
 13. Beschreibung des Stands anhängiger oder bevorstehender Verletzungsverfahren in bezug auf die Verletzung eigener Warenzeichen durch Dritte bzw. fremder Warenzeichen durch die Gesellschaft (Prozesse, Abmahnungen, Kenntnis von Verletzungshandlungen, Duldungen);

14. Beschreibung der Handhabung der Warenzeichenpflege (Warenzeichenüberwachung, Kontrolle der Verlängerungszeitpunkte, Zahlung der Verlängerungsgebühr);
15. Zusammenstellung der von der Gesellschaft genutzten nicht eingetragenen Kennzeichnungen und Namen; falls einschlägig, alle Rechtsstreite in diesem Zusammenhang;
16. Angaben über relevante Geschmacksmuster, Topographien oder Sortenschutzrechte;
17. Beschreibung des bei der Gesellschaft genutzten Know-hows unter Angabe, wer Inhaber dieses Know-hows ist;
18. Nutzungsverträge hinsichtlich der Nutzung von Know-how und Urheberrechten durch die Gesellschaft;
19. Verträge über die Nutzung von Software durch die Gesellschaft;
20. Zusammenarbeitsvereinbarungen, Entwicklungsverträge und sonstige Vereinbarungen auf dem Gebiet der gewerblichen Schutzrechte;
21. kurze Beschreibung der von der Gesellschaft genutzten Computer-Hardware, Betriebssysteme und Anwenderprogramme unter Angabe über die Art der Systempflege.

VI. Versicherungen

1. Aufstellung der von der Gesellschaft abgeschlossenen Versicherungen (ausgenommen Versicherungen der betrieblich genutzten Personenkraftfahrzeuge) unter Angabe des Versicherers, der gedeckten Risiken und der Versicherungssummen sowie der Prämien (einschließlich der fälligen und nicht gezahlten Prämien); Angabe, ob die Gesellschaft die Bestimmungen der Verträge beachtet und ob der Versicherungsschutz gefährdet ist;
2. Aufstellung der in den letzten fünf Jahren geltend gemachten Versicherungsansprüche;
3. Darstellung der Anträge auf den Abschluß von Versicherungen, die in den letzten fünf Jahren zurückgewiesen worden sind;
4. Aufstellung der nicht durch Versicherungen gedeckten Risiken.

VII. Einkauf und Absatz

1. Aufstellung der zehn größten Lieferanten der Gesellschaft sowie der Lieferanten, die die einzige Bezugsquelle darstellen;
2. Vereinbarungen mit wichtigen Lieferanten (als wichtig gelten Lieferanten, mit denen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr ein Umsatz von mehr als € _____ netto getätigt worden ist oder mit denen eine Vereinbarung getroffen wurde, die eine Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten hat);

3. Standard-Einkaufsbedingungen; Standard-Verkaufsbedingungen; Allgemeine Geschäftsbedingungen
4. Aufstellung der 20 größten Abnehmer sowie derjenigen Abnehmer, die für ein bestimmtes Produkt die einzigen Abnehmer sind;
5. Vereinbarungen mit wichtigen Abnehmern (als wichtig gelten Abnehmer, mit denen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr ein Umsatz von mehr als € _____ netto getätigt wurde oder mit denen eine Vereinbarung geschlossen wurde, die eine Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten hat);
6. während der letzten fünf Jahre geltend gemachte oder angedrohte Gewährleistungs- und/oder Produkthaftpflichtansprüche, die sich auf die von der Gesellschaft hergestellten oder vertriebenen Waren oder Dienstleistungen beziehen und welche im Einzelfall € ____ und in der Summe DM übersteigen;
7. Aufstellung aller Vereinbarungen mit Handelsvertretern, Eigenhändlern und sonstiger Vertriebsvereinbarungen unter Beifügung derjenigen Verträge, die im Falle ihrer Beendigung zu Ausgleichsansprüchen führen können und/oder die längere Kündigungsfristen als drei Monate haben;
8. Aufschlüsselung des Umsatzes der Gesellschaft in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren auf Hauptproduktgruppen unter Angabe des jeweils im Inland sowie in der Europäischen Gemeinschaft erzielten Marktanteiles;
9. Nennung der wichtigsten Wettbewerber unter Angabe deren geschätzten Marktanteile in den o.a. Hauptproduktgruppen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr der Gesellschaft;
10. wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen einschließlich dazu vorgenommener Anmeldungen zum Bundeskartellamt, zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften oder zur EC Merger Task Force.

VIII. Personalangelegenheiten

1. Liste aller Arbeitnehmer (einschließlich leitender Angestellter) unter Angabe des Namens, des Alters, des Eintrittsjahres, der Funktion und des Bruttogehaltes im letzten abgeschlossenen Kalenderjahr, sofern das Bruttojahresgehalt € _____ übersteigt; Zahl der Beschäftigten nach Angestellten und Arbeitern;
2. Dienstverträge der Geschäftsführer sowie der Arbeitnehmer, deren jährliche Vergütung mehr als € _____ oder deren Kündigungsfrist mehr als _____ beträgt;
3. Vereinbarungen mit Arbeitnehmern, die Rechtsfolgen an die Übernahme der Gesellschaft durch einen neuen Gesellschafter knüpfen;
4. Standard-Dienstvertrag für die Arbeitnehmer der Gesellschaft (Angestellte, Arbeiter);

5. Darstellung der den Arbeitnehmern oder bestimmten Arbeitnehmern gewährten Sozialleistungen (z.B. Kranken- und Unfall- sowie Lebensversicherungen, Firmenwagen, etc.);
6. gewährte Pensionszusagen (Kollektiv- und Individualzusagen) unter Darstellung einschlägiger Pensionspläne und deren Sicherstellung (Direktversicherungen, Rückstellungen etc.) und unter Angabe bereits entstandener unverfallbarer Anwartschaften und Beifügung vorhandener versicherungsmathematischer Gutachten;
7. Vereinbarungen über die Gewährung gewinn- oder umsatzabhängiger oder anderer Vergütungen für Geschäftsführer, leitende Angestellte und andere Arbeitnehmer;
8. Darstellung der im letzten Jahr erfolgten Gehalts- und Lohnerhöhungen;
9. Zusammenstellung aller arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen und Rechtsstreitigkeiten (z.B. Kündigungsschutzprozesse) in den vergangenen fünf Jahren, welche einen Gegenstandswert von mehr als € _____ im Einzelfall oder € _____ von zusammenhängenden Verfahren insgesamt besitzen oder prinzipieller Natur sind;
10. Angabe der auf die Arbeitsverhältnisse der Gesellschaft anwendbaren Tarifverträge;
11. Betriebsvereinbarungen und Darstellung betrieblicher Übungen;
12. Liste der Mitglieder des Betriebsrates, der Jugendvertretung und andere Vertretungsorgane der Arbeitnehmer;
13. kurze Darstellung der Arbeitskämpfe (Streiks etc.), an denen in den letzten fünf Jahren Arbeitnehmer der Gesellschaft beteiligt waren;
14. Darstellung von Verstößen gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen;
15. Beraterverträge, die eine durchschnittliche Vergütung von mehr als € _____ netto pro Monat gewähren oder eine längere Kündigungsfrist als drei Monate haben.

IX. Finanzangelegenheiten

1. Jahresabschlüsse der Gesellschaft (einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) nebst Lagebericht der Geschäftsführung und Prüfungsbericht der Abschlußprüfer für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre der Gesellschaft;
2. Erläuterung der Eventualverbindlichkeiten;
3. Vereinbarungen über die Inanspruchnahme oder Gewährung von Krediten (einschließlich der Einräumung oder bloßen Duldung der Inanspruchnahme von Kreditlinien) und deren Besicherung, ausgenommen handelsübliche Stundung von Forderungen oder Verbindlichkeiten;
4. Maximale Zahlungsziele;

5. Bürgschaften, Garantieverpflichtungen oder Sicherheitsleistungen aller Art (einschließlich Patronatserklärungen) der Gesellschaft zugunsten Dritter, sowie Verpflichtungen gegenüber Dritten, die wiederum für die Gesellschaft Bürgschaften, Garantien oder sonstige Sicherheiten gestellt haben, ausgenommen branchenübliche Erfüllungsbürgschaften, Akkreditive und Garantieverpflichtungen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Lieferungen und Leistungen im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb;
6. Factoring -Verträge;
7. Liste der Bankkonten der Gesellschaften unter Angabe der jeweils Zeichnungsberechtigten sowie der Salden per

X. Steuern

1. Angabe, bis zu welchem Jahr und für welche Steuern Steuererklärungen abgegeben und Steuerbescheide ergangen sind unter Beifügung der jeweils drei letzten Steuererklärungen und Steuerbescheide;
2. letzter Betriebsprüfungsbericht;
3. Darstellung der körperschaftssteuerlichen Eigenkapitalgliederung;
4. Angabe, ob in den letzten zehn Jahren Ausländer oder steuerbefreite Inländer Inhaber der Geschäftsanteile gewesen sind.

XI. Rechtsstreitigkeiten etc.

1. Aufstellung aller schwebenden oder drohenden Prozesse (zivilrechtliche und verwaltungsrechtliche Verfahren) und Schiedsverfahren, jeweils aktiv und passiv, sowie über behördliche Untersuchungen und Verfahren, sofern ein Streitwert im Einzelfall von € ____ und in der Summe zusammenhängender Verfahren von € ____ überschritten wird, oder die von grundsätzlicher Bedeutung sind; alle Straf- und Ordnungswidrigkeiten-verfahren (gegen das Unternehmen, Organe oder Arbeitnehmer, sofern sie mit dem Geschäftsbetrieb zusammenhängen);
2. Aufstellung aller Prozesse, Schiedsverfahren und Verwaltungsverfahren mit einem Streitwert von mehr als € _____ die in den letzten fünf Jahren erledigt wurden oder angedroht wurden und noch unerledigt sind.

XII. Öffentliche Förderungen und Zuschüsse

Zusammenstellung aller in den letzten fünf Jahren erhaltenen oder beantragten öffentlichen Förderungen und Zuschüsse gleich welcher Art; Hinweise auf mögliche Rückzahlungsverpflichtungen.

XIII. Verschiedenes

1. Verträge, aus denen sich Verpflichtungen der Gesellschaft von mehr als € _____ (netto) im Einzelfall ergeben oder die außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs der Gesellschaft liegen, soweit diese nicht bereits in einer der vorbezeichneten anderen Kategorien angegeben sind;
2. Verträge, die an den Erwerb der Gesellschaft durch einen netten Gesellschafter bzw. den Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft eine Rechtsfolge knüpfen (sog. Change-of-Control-Klauseln);
3. Aufstellung aller von der Gesellschaft erteilten Vollmachten, die derzeit bestehen oder erst während des letzten Jahres aufgehoben worden sind; aus dem Handelsregister ersichtliche Vertretungsbefugnisse sind nicht anzugeben.